



LEHRERINNEN UND LEHRER BERN
ENSEIGNANTES ET ENSEIGNANTS BERNE



Bern, 10. Februar 2012

Einladung zur Medienkonferenz Personalpolitische Forderungen 2013

Datum: Mittwoch, 15. Februar 2012
Zeit: 10:00 Uhr
Ort: Bern, Rathaus, Rathausplatz 2, Sitzungszimmer 7

Es sprechen zu folgenden Themen:

VPOD, Blaise Kropf: Finanzen Kanton Bern
LEBE, Regula Bircher: Volkswirtschaft mit Bildungsinvestitionen stärken
SBK/VSAO, Rosmarie Glauser: Die Löhne im Gesundheitswesen
BSPV, Matthias Burkhalter: Personalrechtsrevision und Pensionskassen

Wir danken Ihnen für Ihre Anmeldung unter: sekretariat@bspv.ch
Sie können die Medienmappe unter der gleichen Adresse beziehen.

Organisation und Kontakt

Geschäftsstelle BSPV
Postgasse 60, 3000 Bern 8
Tel. Sekretariat: 031 311 11 66
Tel. Matthias Burkhalter: 079 545 56 76

SPERRFRIST: 15. Februar 2012, 10.00 Uhr

Medienmitteilung

Bern, 15. Februar 2012

Personalpolitische Forderungen 2013

Jährlich 1,5 Prozent für einen verlässlichen Lohnanstieg

Die Personalverbände der Angestellten des Kantons Bern fordern verbindliche Regelungen für einen angemessenen und verlässlicheren Lohnanstieg in den Bereichen Verwaltung und Bildung sowie im subventionierten Bereich (Spitäler, Heime, Pflege). Damit soll verhindert werden, dass der Lohnrückstand weiter anwächst und sich der Personalmangel – insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit – weiter verschärft. Grundlage bildet die im November 2011 eingereichte Lohninitiative.

Die Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit», welche die Personalverbände im vergangenen November eingereicht haben, soll Anstoss für einen angemessenen jährlichen Lohnanstieg bilden. Die darin formulierten Forderungen sollen in die Revision des Personalgesetzes (PG) und des Lehreranstellungsgesetzes (LAG) einfließen. Zwingend ist, dass im Voranschlag und in der Finanzplanung jährlich 1,5 Prozent für den Lohnanstieg eingestellt werden. Zudem fordern die Personalverbände den vollen Teuerungsausgleich, die Aufhebung der Korrekturfaktoren, individuelle Lohnerhöhungen von durchschnittlich 3 Gehaltsstufen, Korrekturmassnahmen bei Nachholern von 1% sowie die Weitergabe der budgetierten Mittel an alle Angestellten (Spitäler, Heime).

Lehrer sagen Sparmassnahmen den Kampf an

Im Bereich Bildung fordern die Verbände neben ordentlichen Lohnmassnahmen zusätzlich die Rücknahme der Sparmassnahmen auf allen Bildungsstufen und erinnern an verschiedene – längst fällige – Investitionen in den Bildungsbereich. Der Lehrerverband LEBE ist überzeugt, dass diese Investitionen die gesamte kantonale Volkswirtschaft stärken würden. LEBE nimmt die für den Bildungsbereich beschlossenen Sparmassnahmen von 65 Mio. indes nicht kampflos hin: Am 29. März wird der Verband mit allen von den Sparmassnahmen betroffenen Lehrkräften und Schulleitungen einen Kreis um die Erziehungsdirektion bilden. LEBE rechnet mit bis zu 400 Personen.

Gesundheitsberufe: Abwanderung stoppen

Die Verbände aus dem Gesundheitswesen, SBK und VSAO, beobachten die Attraktivität der Gesundheitsberufe mit wachsender Besorgnis. Der Kanton Bern hinkt bezüglich Gehaltsklasseneinreihung anderen Kantonen hinterher und auch der Gehaltsaufstieg ist nicht gesichert. Die Folge dieser verfehlten Personalpolitik ist die Abwanderung von Gesundheitspersonal in andere Kantone mit höherem Lohnniveau und – noch verheerender – die Abwanderung in andere Berufe! Der Personalmangel ist vielerorts bereits Tatsache. Die Verbände fordern deshalb eine Überprüfung der Löhne des Gesundheitspersonals und Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe. Der Regierungsrat wird aufgefordert, alles in seiner Kompetenz stehende zu veranlassen, damit wenigstens der kantonale Lohnabschluss auch den subventionierten Bereich einschliesst.



LEHRERINNEN UND LEHRER BERN
ENSEIGNANTES ET ENSEIGNANTS BERNE



Bern, 15. Februar 2012

Dokumentation zur Medienkonferenz Personalpolitische Forderungen 2013

SPERRFRIST: 15.2.2012, 10.00 Uhr

Datum: Mittwoch, 15. Februar 2012
Zeit: 10:00 Uhr
Ort: Bern, Rathaus, Rathausplatz 2, Sitzungszimmer 7

Inhalt:

- Ablauf der Medienkonferenz, Kontaktadressen
- Gemeinsame Medienmitteilung
- Redebeiträge

Ablauf der Medienkonferenz und Kontaktadressen

1. Begrüssung

2. Finanzen Kanton Bern

Blaise Kropf

Gewerkschaftssekretär Verband des Personals öffentlicher Dienste (vpod), Sektion Bern, Grossrat und Mitglied der Finanzkommission

Tel. 031 371 67 45 / 079 263 47 68, blaise.kropf@vpodbern.ch

www.vpodbern.ch

3. Volkswirtschaft mit Bildungsinvestitionen stärken

Regula A. Bircher

Geschäftsführerin Lehrerinnen und Lehrer Bern (LEBE)

Tel. 031 326 47 44, regula.bircher@lebe.ch

www.lebe.ch

4. Was ist falsch an den Löhnen im Gesundheitswesen?

Rosmarie Glauser, Geschäftsführerin Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO), Sektion Bern

Tel. 031 381 39 39 / 079 688 86 57, bern@vsao.ch

www.vsao-bern.ch

Dr. Barbara Dätwyler, Präsidentin Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), Sektion Bern

Tel. 031 380 54 75 / 079 256 26 15, barbara.daetwyler@sbk-be.ch

www.sbk-be.ch

5. Verbindliche Lohnentwicklung und tragbare Pensionskassensanierung

Matthias Burkhalter

Geschäftsführer Bernischer Staatspersonalverband (BSPV), Grossrat und Vizepräsident der Finanzkommission

Tel. 031 311 11 66 / 079 545 56 76, burkhalter@bspv.ch

www.bspv.ch

Finanzpolitische Weichenstellungen für eine faire Lohnpolitik

Von Blaise Kropf, Gewerkschaftssekretär vpod und Grossrat

Der Kanton Bern steckt heute in einer finanzpolitisch ausgesprochen schwierigen Lage – wohl der schwierigsten seit zwei Jahrzehnten. Gemäss Finanzplan drohen in den Jahren 2013–2015 jährliche Defizite von 133 bis 201 Mio. Franken bzw. eine akkumulierte Neuverschuldung von 785 Mio. Franken.

Nun wissen wir, dass Voranschlags- bzw. Finanzplanzahlen nie die Realität abbilden, sondern in den letzten 13 Jahren systematisch schlechter waren als die Rechnungsabschlüsse (siehe Abb.). Allerdings hat sich die Wirtschafts- und Konjunkturlage in den letzten Monaten erneut verschlechtert. Die Prognoseinstitute (Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich) reden von einer (partiellen) Rezession. Dies wird sich auch auf die Kantonsfinanzen auswirken.

Bereits 3,6 Milliarden auf dem Buckel des Personals gespart

Bereits in den 1990er und den 2000er Jahren ist die Sparpolitik des Kantons schmerzlich zulasten des Personals gegangen. Gemäss Angaben des Regierungsrates wurde mit der Beschränkung der Lohnentwicklung zwischen 1997 und 2009 insgesamt 3,6 Mia. Franken (!) eingespart. Dies hat zur Folge, dass die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Bern auf dem Arbeitsmarkt heute in gewissen Bereichen nicht mehr gewährleistet ist. Mit umso mehr Sorge stellen wir fest, dass Regierung und Parlament bei der Beratung des Voranschlags 2012 erneut die Löhne beschnitten haben. Statt der nötigen 2,5% wurde der Spielraum auf 1,3% eingeengt und damit ein Betrag von 87 Mio. Franken eingespart.

Fehler vor zehn Jahren muss nun teuer bezahlt werden

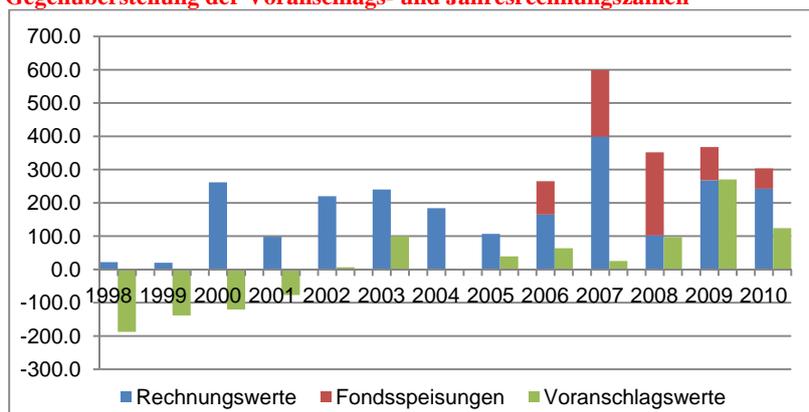
Aus gesamtpolitischer Verantwortung, und damit der Kanton Bern seine Aufgaben weiterhin in einer guten Qualität erbringen kann, ist es unabdingbar, die Probleme bei Anstellungsbedingungen und Löhnen nicht noch weiter zu verschlimmern, sondern zu korrigieren. Die Personalverbände haben mit der «Initiative für faire Löhne» einen konstruktiven Vorschlag eingereicht, wie ein verlässliches Lohnsystem funktionieren würde. Um ein solches umzusetzen, braucht es jetzt politischen Willen und die Bereitschaft, die nötigen finanziellen Mittel einzusetzen.

Allerdings: Mehr Geld braucht es vor allem deshalb, weil der Regierungsrat vor zehn Jahren mit der Einführung des Korrekturfaktors auf dem Personalaufwand einen verhängnisvollen Fehler gemacht hat und die Rotationsgewinne abgeschöpft hat. Wären diese im Zahlenwerk belassen worden, liessen sich die individuellen Stufenaufstiege heute weitestgehend ohne zusätzlichen Aufwand finanzieren.

Zwei wichtige finanzpolitischen Weichenstellungen 2012

Gleichwohl ist eine Verbesserung der Lohnsituation bei einer gleichzeitigen Verschlechterung der kantonalen Finanzlage wenig realistisch. Aus diesem Grund ist es aus Sicht der Personalverbände und des vpod zentral, dass die beiden finanzpolitischen Weichenstellungen des Jahres 2012 richtig vorgenommen werden: Der vpod und die Personalverbände werden sich daher mit Nachdruck und viel Engagement für ein **Nein zum Volksvorschlag bei der Motorfahrzeugbesteuerung** und für ein **Ja zur Initiative «Faire Steuern – Für Familien»** einsetzen. Mit beiden Vorlagen kann der kantonale Finanzhaushalt je um approximativ 100 Mio. Franken pro Jahr entlastet werden – dies würde die Erledigung der dringend nötigen personalpolitischen Pendenzen ermöglichen.

Gegenüberstellung der Voranschlags- und Jahresrechnungszahlen



Volkswirtschaft mit Bildungsinvestitionen stärken

Von Regula A. Bircher, Geschäftsführerin LEBE

Der Bildungsbereich wurde von den Sparmassnahmen zugunsten der laufenden Rechnung mit 65 Mio. Franken besonders stark getroffen. Hunderte von Lehrpersonen erhielten theoretisch einen Lohnaufstieg, verloren diesen aber wegen dem Pensendebau. Es sind also nicht nur die Schülerinnen und Schüler, die von diesem Entlastungspaket getroffen werden. Auch die Schulleitungen und die Lehrpersonen bezahlen die Zeche für eine verfehlte kantonale Sparpolitik.

LEBE nimmt dies nicht kampflos hin und wehrt sich insbesondere dagegen, dass dieses Bildungssparen weitergeführt wird. Am 29. März 2012 wird als Warnung ein Kreis mit den von dieser Sparrunde direkt betroffenen Personen um die Erziehungsdirektion gezogen. LEBE rechnet mit bis zu 400 Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern.

Rücknahme der Sparmassnahmen gefordert

Neben den ordentlichen Lohnmassnahmen fordert LEBE die Rücknahme der Sparmassnahmen auf allen Bildungsstufen und erinnert an seit Jahren fällige Investitionen in den Bildungsbereich:

- die nötigen Investitionen für ein vierjähriges Gymnasium nach der Volksschule (ca. 10 Mio.),
- die zusätzlichen Ressourcen für die Schulleitungen,
- eine Funktionsanalyse aller Lehrkategorien im Hinblick auf die Überarbeitung der Gesetzgebung bezüglich Lohnsystem,
- die Einführung des sogenannten Vieraugenprinzips,
- mehr Autonomie für die Schulen statt für die Gemeinden.

Bildungsinvestitionen stärken Volkswirtschaft

LEBE ist überzeugt, dass diese Investitionen in die Bildung allen daran beteiligten Personen zu gute kommen und so die kantonale Volkswirtschaft stärken.

Hände weg vom Bildungssparen!

Am Donnerstag, 29. März 2012 führt LEBE vor der Erziehungsdirektion eine Kundgebung gegen das Sparen bei der Bildung durch. Wir bilden den Kreis der Betroffenen.

www.lebe.ch



Was ist falsch an den Löhnen im Gesundheitswesen?

Von Rosmarie Glauser, Geschäftsführerin VSAO Bern
Von Dr. Barbara Dätwyler, Präsidentin SBK Bern

Der Lohn ist ein Kriterium für Arbeitszufriedenheit und Attraktivität des Berufs. Im Kanton Bern ist im Gesundheitswesen zum einen die Gehaltsklasseneinreihung zu tief. Zum anderen ist auch der Gehaltsaufstieg nicht gesichert.

Der Kanton Bern ist zwar Mehrheitsaktionär der Regionalen Spitalzentren, will aber seinen politischen Einfluss nicht geltend machen, sondern den Markt spielen lassen. Freier Wettbewerb ist nicht grundsätzlich falsch. Ohne Überwachung kann der Preiswettbewerb dem gesamten Gesundheitswesen jedoch erheblich schaden. Denn das Gesundheitswesen hat ein grundsätzliches Problem: Die Löhne des Gesundheitspersonals sind zu tief. Aus diesem Grund hat der SBK Bern eine Interpellation eingereicht, die diese Problematik bei den Pflegeberufen anspricht und eine Neuüberprüfung der Löhne fordert. Eine Antwort wird im Juni dieses Jahres erwartet. Auch in anderen Bereichen sind Überprüfungen nötig.

Es droht Abwanderung in andere Berufe

Die fehlende Lohnperspektive und der ständig wachsende Druck wirken sich negativ auf die Arbeitszufriedenheit und das Image der Gesundheitsberufe aus. Die einstigen Traumberufe verlieren an Attraktivität. Interkantonale Vergleiche zeigen, dass sich der Kanton Bern bei den Löhnen gerade mal im Mittelfeld bewegt. In Anbetracht des sich abzeichnenden oder bereits existierenden Personalmangels kann sich der Kanton diese Situation nicht leisten. Es droht eine Abwanderung in Kantone mit höherem Lohnniveau, beispielsweise Zürich, Luzern und Solothurn. Oder noch verheerender, eine Abwanderung in andere Berufe! Bereits jetzt können offene Stellen nicht mehr besetzt werden. Es muss Personal aus dem Ausland rekrutiert werden. Im ärztlichen Bereich kann nur noch die Hälfte des Bedarfs mit hier in der Schweiz aus- und weitergebildeten Personen gedeckt werden.

Regierungsrat muss seine Verantwortung wahrnehmen

Wir fordern deshalb eine Überprüfung der Löhne des Gesundheitspersonals und Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Gesundheitsberufe. Die Löhne des Kantons Bern im Gesundheitswesen müssen interkantonale mithalten können. Der Regierungsrat muss alles politisch Mögliche und in seiner Kompetenz stehende veranlassen, damit wenigstens der kantonale Lohnbeschluss auch den subventionierten Bereich einschliesst. Das heisst, dass er als Genehmigungsbehörde bei den Spitaltarifen die Lohnentwicklung berücksichtigt und bei Heimen, Spitex und freiberuflich Tätigen die Lohnentwicklung in den Leistungsverträgen weitergibt.

Qualitätseinbussen mit verheerenden Folgen

Im Weiteren braucht es zusätzliche Ferientage und damit in den Betrieben mehr Personal, sonst steigt der Arbeitsdruck noch weiter an. Und es braucht vermehrte Anstrengungen, damit das Arbeitsgesetz endlich eingehalten wird.

Politik und Bevölkerung müssen diese Probleme ernstnehmen, um dem bereits bestehenden Mangel beim Gesundheitspersonal erfolgreich entgegenwirken zu können. Ansonsten drohen im gesamten Gesundheitswesen Qualitätseinbussen. Mit verheerenden Folgen für die Patientinnen und Patienten und für den ganzen Kanton Bern.

Verbindliche Lohnentwicklung und tragbare Pensionskassensanierung

Von Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV, Grossrat

Lohnentwicklung: Im vergangenen November haben die Personalverbände BSPV, vpod und LEBE die Initiative «Faire Löhne für gute Arbeit» mit rund 16'000 Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht. Ziel der Initiative ist, einen verlässlicheren Lohnanstieg zu erreichen.
Pensionskassen: Bei den Pensionskassen muss der Kanton parallel zu einem allfälligen Primatwechsel neues Bundesrecht umsetzen. Bei einem Scheitern drohen ungewollte Konsequenzen.

Bei der Abschaffung des Erfahrungsaufstiegs im Jahr 2007 versprach der Kanton Bern, den Automatismus durch ein differenzierteres Leistungslohnsystem zu ersetzen. Die rechtlichen Grundlagen dafür waren vorhanden, die finanziellen Mittel auch. Doch durch die langjährige systematische Falschbudgetierung hat sich der Regierungsrat die Hände für einen angemessenen Lohnanstieg selbst gebunden. Die Folge ist eine Delle in der Lohnentwicklung, die all jene betrifft, die in den letzten zehn Jahren beim Kanton angestellt wurden. Die betroffenen Mitarbeitenden sind mehrheitlich im Alterssegment von 35 bis 45 Jahren anzutreffen.

1,5 Prozent für Lohnmassnahmen sind zwingend

Der heutige Regierungsrat hat diese Fehlentwicklung erkannt und ist bereit, die Fehlentwicklungen zu korrigieren. Dazu braucht es verbindliche Regelungen für einen angemessenen Lohnanstieg. Die gesetzlichen Grundlagen dazu sollen durch eine Revision des Personalgesetzes (PG) und des Lehreranstellungsgesetzes (LAG) möglichst umgehend geschaffen werden. Die in der Lohninitiative zum Ausdruck gebrachten Forderungen der Personalverbände sollen in diese Revision einfließen. Zwingend ist, dass für den Lohnanstieg im Voranschlag und in der Finanzplanung jährlich 1,5% eingestellt werden und die Korrekturfaktoren auf den Personalkosten aufgehoben werden.

Kein Spielraum bei der Pensionskassensanierung

Der Bund hat für die öffentlichen Pensionskassen härtere Regelungen auferlegt (BVG-Änderung). Der Kanton Bern steht damit unabhängig vom aufgezwungenen Primatwechsel vor hohen Herausforderungen: Er muss die Fragen der Ausfinanzierung der Unterdeckungen, der Schaffung von Wertschwankungsreserven und die Auswirkungen der Änderungen des Technischen Zinssatzes für die beiden kantonalen Pensionskassen BPK und BLVK neu regeln. Und gleichzeitig steht der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat an. Durch die Komplexität und den hohen Mittelbedarf der Vorlage droht schon jetzt ein Scheitern der angestrebten Neuregelung im Pensionskassenbereich. Für diesen Fall sieht das Bundesrecht zwingend umzusetzende Massnahmen vor, die den Kanton Bern vor äusserst hohe Herausforderungen stellen würden. Ein Spielraum besteht nicht.

Forderungen der Personalverbände

1. Aufhebung der Korrekturfaktoren
2. Voller Teuerungsausgleich
3. Individuelle Lohnerhöhungen von durchschnittlich drei Gehaltsstufen
4. Korrekturmassnahmen bei Nachholerinnen und Nachholern von 1,0%
5. Weitergabe der budgetierten Mittel an alle Angestellten (Spitäler, Heime)

Teuerungsausgleich und durchschnittliches Gehaltsstufenwachstum

Jahr	Teuerung	Differenz	GS-Wachstum im Ø
2012	0,4	0,0	2
2011	0,7	0,0	2
2010	-0,5	+0,8	1
2009	2,4	+0,4	0
2008	0,7	+0,3	2
2007	1,1	-0,1	2
2006	1,2	-0,7	1
2005	0,8	-0,3	1
2004	0,6	-0,1	1
2003	0,6	-0,1	1